Nr. 584. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 10,50 Mk., monatl. 3,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Poſtbezug: Monatlich 3,50 Mk. exkl. Zuſtellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 10,75 Mk., bei täglich einmal. Zuſtellung 8,75 Mk. Poſtbeſtellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Poſt-Zeitungs-Preisliſte.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

Anzeigenpreis:
Die ſechsgeſpaltene Kolonelzeile koſtet 1,80 M., Teuerungszuſchlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 30 Pfg. Stellengeſuche und Schlafſtellenanzeigen das erſte Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuſchlag 50%. Familien-Anzeigen, politiſche und gewerkſchaftliche Vereins-Anzeigen 1,80 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 14. November 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Der Hindenburg-Skandal.

Der Hindenburg-Spektakel nimmt immer provozierendere Formen an, die zu Demonſtrationen alldeutſcher Schüler, Studenten und ſonſtigen Hurra-Mobs gegen Republik und Regierung ausarten. Heute fanden Kundgebungen auf der Charlottenburger Chauſſee, In den Zelten und vor dem Reichstage ſtatt. Das Auto des Feldmarſchalls wurde angehalten, man verſperrte ihm die Straße, um Hindenburg nicht nach dem Unterſuchungsausſchuß fahren zu laſſen. Dabei wurden die wüſteſten Beſchimpfungen gegen die Regierung und den Unterſuchungsausſchuß laut.

Der Reichswehrminiſter hat folgenden Erlaß herausausgegeben:

„Es haben heute größere Demonſtrationen, an denen ſich im weſentlichen Studenten und Schüler beteiligten, vor dem Reichstagsgebäude ſtattgefunden. Dieſe Demonſtrationen laufen den Beſtimmungen, die durch das Oberkommando auf Grund des Belagerungszuſtandes getroffen ſind, zuwider. Das Oberkommando wird auf das Nachdrücklichſte dafür Sorge tragen, daß derartige Demonſtrationen und Umzüge unter allen Umſtänden unterbleiben."

Im einzelnen erfahren wir über dieſe Demonſtrationen: Heute morgen gegen 9 Uhr ſammelten ſich vor der Berliner Univerſität etwa 3000 bis 4000 deutſchnational geſinnte Studenten mit ſchwarz-weiß-roten Bannern, zum Teil auch mit ihren Korporationsfahnen geſchmückt. In kleinen unauffälligen Trupps zogen ſie durch die Linden und die Charlottenburger Chauſſee bis zum Großen Stern entlang. Dort ſammelten ſich die Studenten und die beſonders aus Steglitz ſehr zahlreich erſchienenen Schüler und Schülerinnen. Kurz vor 10 Uhr hatte ſich dort eine Menge von etwa 8000 bis 10 000 Perſonen eingefunden, in deren Mitte man zahlreiche ſchwarz-weiß-rote Banner erblickte. Um 10 Uhr kam das Auto des Generalfeldmarſchalls, der mit ſeinem Sohn, dem Hauptmann v. Hindenburg, im Wagen ſaß, durch die Hofjägerallee heran, um durch die Spreeallee zum Reichstag zu fahren. Die Menge verſperrte jedoch die Straße und trotz aller Warnungsſignale des Chauffeurs wurde der Kraftwagen in wenigen Augenblicken von einer ungeheuren Menſchenmenge eingeſchloſſen und angehalten. Brauſende Hochrufe auf Hindenburg ertönten, und immer wieder erſcholl der Ruf: „Hoch Hindenburg und Ludendorff!", „Nieder mit der Revolution!" und „Nieder mit der Judenregierung." Hindenburg beugte ſich aus dem Wagen, dankte für den freundlichen Empfang und bat, die Straße frei zu geben, da er in den Unterſuchungsausſchuß fahren müſſe. In dieſem Augenblick ſchwang ſich ein Student auf das Trittbrett und rief:

„Straße verſperren, wir laſſen Hindenburg nicht von dem Unterſuchungsausſchuß ausfragen."

Hindenburg proteſtierte, wie man deutlich erkennen konnte, vermochte ſich jedoch in dem rieſenhaften Lärm, welcher dieſer Aufforderung folgte, kein Gehör zu verſchaffen. Sofort ſchwenkten etwa 800 bis 1000 Perſonen quer durch den Tiergarten nach dem Reichstag ab und nahmen dort Aufſtellung. Inzwiſchen umlagerte die Menge noch immer den Kraftwagen des Generalfeldmarſchalls, und obwohl Hindenburg und der Chauffeur auf die Menge einzureden verſuchten, vermochte ſich das Auto nur ſchrittweiſe vorzuſchieben. Unter dem Geſange der Lieder „Deutſchland, Deutſchland über alles" und die „Wacht am Rhein" ging der Zug nach den Zelten. Vor dem früheren „Kaiſer-Wilhelm-Zelt", dem jetzigen „Wilhelms-Zelt", wurde der Kraftwagen wieder angehalten. Ein Student deutete auf das Schild „Wilhelms-Zelt", deſſen urſprünglicher Name „Kaiſer-Wilhelms-Zelt" verdeckt war, und rief: „Brüder, eine ſolche Schmach laſſen wir als Deutſche nicht gelten."

„Für uns gibt es noch immer nur das Kaiſerreich.
Wir wollen nicht dulden, daß der Name unſeres glorreichen Kaiſers hier verſchandelt wird."

Darauf ſprangen mehrere junge Leute auf den Zaun und entfernten die Umhüllung. Sodann wurden an mehreren Stellen Anſprachen gehalten, in denen die Regierung nicht ſehr glimpflich davonkam, und der Unterſuchungsausſchuß und die Judenregierung wurden immer wieder niedergeſchrien. Plötzlich brachte jemand

ein Hoch auf das Kaiſerreich

aus, in das die Menge ſtürmiſch einſtimmte. Inzwiſchen war es dem Chauffeur gelungen, das Auto wieder in Gang zu bringen, und in voller Fahrt fuhr der Wagen nach dem Reichstagsgebäude.

Vor dem Reichstage hatten inzwiſchen rund 1000 Perſonen, welche im Tiergarten abgeſchwenkt waren, Aufſtellung genommen und erwarteten die Ankunft des Generalfeldmarſchalls. Man bemerkte auch hier zahlreiche Fahnen und die Studenten ſowie die Schüler befanden ſich ſichtlich in Erregung. Plötzlich ſprang ein Student auf ein Automobil, das vor dem Reichstag hielt, und hielt eine Rede. Er betonte, **daß man um keinen Preis Deutſchlands größten Feldherrn wie einen „dummen Jungen" vor dem Ausſchuß verhören laſſen dürfe.** Er forderte die Umſtehenden auf, alles zu tun, um zu verhindern, daß Hindenburg den Ausſchuß betrete. Er ſchloß ebenfalls mit einem Hoch auf das Kaiſerreich und Kaiſer Wilhelm II. Die Menge ſtimmte jubelnd ein und ſang: „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand", „Heil Dir im Siegerkranz" und andere vaterländiſche Lieder. In dieſem Augenblick kam der Kraftwagen Hindenburgs heran. Die Menge umdrängte das Auto und rief:

„Nicht hineingehen!"

Hindenburg blieb ſchließlich nichts übrig, als dem Chauffeur den Auftrag zu geben, abzubiegen. Der Generalfeldmarſchall lehnte ſich aus dem Fenſter und rief der Menge zu: „Ich danke Ihnen für Ihre Huldigung, aber jetzt muß ich nach Hauſe, ich habe zu arbeiten."

Während der Kraftwagen ſich entfernte, zerſtreute ſich die Menge. Wie wir erfahren, findet die Vernehmung Hindenburgs vor dem Unterſuchungsausſchuß wahrſcheinlich erſt Montag ſtatt.

*

Wie wir von verſchiedenen Seiten erfahren, haben heute abermals zahlreiche Schüler von höheren Lehranſtalten der weſtlichen Vororte an den Demonſtrationen teilgenommen. Während am 9. November der Schulunterricht nicht ausfiel, erlauben ſich alſo eine Anzahl Schulleiter, nach ihrem Gutdünken für reaktionäre Zwecke den Schulunterricht einfach aufzuheben.

Geſtern abend fand eine Beſprechung der Elternvereinigung der Goetheſchule ſtatt. Der Vater eines Schülers erhob Proteſt dagegen, daß der Direktor Leonhard die Schüler zu politiſchen Zwecken mißbraucht und ſie obendrein in ſchwere Gefahr gebracht habe, da ſich vor dem Reichstag ſehr leicht Zuſammenſtöße mit den zur Beerdigung Haaſes aufziehenden Unabhängigen hätten ergeben können. Man ließ dieſen Herrn aber nicht ausreden, er wurde von den deutſchnationalen Eltern niedergebrüllt, der Schuldirektor Leonhard entzog ihm das Wort und drohte ſogar, er werde gegen den Sprecher den Staatsanwalt in Bewegung ſetzen!! **Wir fordern, daß ein derartiger Direktor ſofort ſeines Poſtens enthoben wird, und daß Genoſſe Haeniſch dieſem Zuſtand endlich ein Ende macht.**

Aufgedeckte Baltikum-Werbung.

(Hamburger Drahtbericht des „Vorwärts".)

In Altona iſt auf Veranlaſſung des „Hamburger Echo" eine Werbeſtelle oder Vermittlungszentrale für das Baltikum aufgedeckt worden.

Vor einigen Tagen erhielt ein ehemaliger Reſerveoffizier des Reſ.-Inf.-Reg. 266 ein Schreiben, das zum Eintritt in das Detachement Major Biſchoff aufforderte. Es hieß darin, daß

> vom Baltikum aus nach Niederkämpfung des Bolſchewismus die Befreiung Deutſchlands ins Werk geſetzt werden ſolle, da bei der jetzigen Regierung Deutſchland erdroſſelt werde.

Bei dem Abſender des Schreibens, Papierhändler und Leutnant der Reſerve Jürgenſen in Altona, wurde ſofort eine Hausſuchung veranſtaltet, die belaſtendes Material ergab. Die Sache iſt dem Kriegsgericht überwieſen.

Eine Verordnung Noskes teilt mit, daß die deutſchen Weſtruſſen-Formationen nicht mehr zur Reichswehr gehören und ihren Anforderungen nicht Folge zu leiſten iſt.

15 Millionen Weſtruſſengelder beſchlagnahmt!

In der Breiten Straße in Potsdam wurden, wie uns aus ſicherer Quelle gemeldet wird, am Freitagvormittag durch die Staatsanwaltſchaft für 12 bis 15 Millionen Mark Papiergeld beſchlagnahmt, die für die ruſſiſche Nordweſtarmee beſtimmt waren. Angeblich ſoll auch eine Notenpreſſe aufgefunden worden ſein, auf der das Geld hergeſtellt wurde. Der rechtliche Sachverhalt wird zurzeit von der Staatsanwaltſchaft geprüft. — Auf die ruſſiſchen gegenrevolutionären Machenſchaften in Deutſchland wirft dieſer Vorgang ein bezeichnendes Licht.

Wie die „B. Z." erfährt, hat die Beſchlagnahme in der „Hofbuchdruckerei" von Robert Müller, Breiteſtr. 23, ſtattgefunden und zwar handelt es ſich um eine große Anzahl Druckbogen von Interimsgeld für die ſogenannte „Weſtruſſiſche Regierung", d. i. Awaloff-Bermondt.

Im engliſchen Unterhaus erklärte der Unterſtaatsſekretär für den Krieg: Seit dem 6. Juni hat der Oberſte Rat ſchon ſechs Noten an Deutſchland gerichtet, die von den deutſchen Truppen im Baltikum handelten. Nunmehr wird ein Druck auf die deutſche Regierung ausgeübt werden, erſtens durch Einſtellung der Unterhandlungen über die Verſorgung Deutſchlands mit Lebensmitteln und die Verweigerung der Erlaubnis, zu dieſem Zweck finanzielle Transaktionen vorzunehmen; zweitens durch das Verbot der freien Schiffahrt deutſcher Schiffe nach dem Baltikum.

Hindenburg wird erwartet.

Vor dem Portal II des Reichstags demonſtriert heute die deutſchnationale Schuljugend, Jungen und Mädels meiſt unter 16 Jahren, buntbemützt und bebändert, mit Fähnchen und Tafeln. „Sektion Steglitz" lieſt man auf der nächſten. Grüne Sicherheitsſoldaten ſorgen für Freiheit des Verkehrs, ſonſt verhalten ſie ſich paſſiv. Soll die bewaffnete Macht gegen Kinder vorgehen? Demonſtrationen unter freiem Himmel ſind zurzeit verboten, aber dieſe kurzen Hoſen und blonden Zöpfe entwaffnen den Belagerungszuſtand.

Die Kundgebung gilt natürlich Hindenburg und Ludendorff. Man erwartet ihre Ankunft, erwartet ſie vergebens. Es erſcheinen nur Graf Weſtarp und der Lizentiat Mumm. Mäßiger Erſatz.

Im großen Ausſchußſaal oben hat man inzwiſchen angefangen, wo man das letztemal aufgehört hat. Helfferich ſetzt auseinander, warum er den Beſchluß vom 9. Januar für einen Fehler gehalten und warum er dann doch nicht zurückgetreten ſei, ſondern den unbeſchränkten U-Boot-Krieg verteidigt habe. Hätte er anders gehandelt, ſo verſichert er emphatiſch, ſo hätte er ſich als Verbrecher gefühlt. Es war offenbar ſehr ſchwer für einen Staatsmann des alten Regimes, ſich nicht als Verbrecher zu fühlen. Als Helfferich dann in dieſem Zuſammenhang auf die Reichstagsabgeordneten zu ſprechen kommt, die im Juli 1917 „dem U-Boot-Krieg in den Rücken gefallen" ſeien, gibt es ein bißchen Krach, und der Vorſitzende muß auf Sinzheimers Drängen den Ausdruck rügen.

Im Juli 1917 hatte ein Teil der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten begriffen, daß der unbeſchränkte U-Boot-Krieg kein Mittel ſei, zum Siege zu kommen. Der Juli 1917 war die Zeit, von der Bethmann ſagt, damals hätte es im Reichstag eine Mehrheit für ſeine Politik gegeben. Alſo war es wohl eine bethmänniſch gerichtete Mehrheit, die „dem U-Boot-Krieg in den Rücken fiel"!

Herr Helfferich geht dann zum Angriff auf den Genoſſen David über, der nach einem Bericht des „Vorwärts" in einer Verſammlung am letzten Sonntag von einem plumpen Betrugsverſuch der alten deutſchen Regierung an Wilſon geſprochen hat. Er regt ſich über dieſe Aeußerung ſo auf, daß es zum zweiten Krach kommt. Heftige Reden und Gegenreden werden gewechſelt. David ſelbſt erklärt kurz, ſich ſeine Antwort für ſpäter vorzubehalten. Das Publikum beginnt mitzuſpielen, ſo daß der Vorſitzende mit der Räumung des Zuhörerraumes droht.

Dann ſpricht der Zeuge weiter über die Wirkungen des unbeſchränkten U-Boot-Krieges und von den ſeeliſchen Imponderabilien, die den Ausſchlag gegeben hätten. Er ſchließt pathetiſch, die U-Boot-Waffe hat nicht den Erfolg gebracht, weil ſie von innen ſtumpf gemacht wurde.

Herr Helfferich hatte vor dem 9. Januar 1917 bewieſen, daß der U-Boot-Krieg nicht zum Erfolg führen könne. Ueberzeugung Nr. 1. Am 12. Januar überzeugte er ſich, daß man mitmachen müſſe, wenn auch der Beſchluß ein Fehler ſei. Ueberzeugung Nr. 2. Jetzt weiß er poſitiv, daß der U-Boot-Krieg zum Erfolg geführt hätte, wenn man ihm nicht „von innen in den Rücken gefallen" wäre. Ueberzeugung Nr. 3.

Nachdem Helfferich geendet, nimmt Genoſſe David das Wort. Er weiſt in klaren beſtimmten Ausführungen nach, daß der Reichstag im Januar 1917 irregeführt wurde, da man ihn von dem Stande der Friedensaktion in Amerika nicht unterrichtete. Er ſpricht andeutungsweiſe von der Vermittelungsaktion einer anderen neutralen Macht, von der der Reichstag gleichfalls nichts gewußt habe. Den Vorwurf gegen die alte Reichsleitung, eine illoyale Politik in Sachen der amerikaniſchen Friedensvermittelung getrieben zu haben, hält er mit aller Entſchiedenheit aufrecht.

Nun erhebt ſich Herr v. Bethmann und verlangt mit bebender Stimme, der Ausſchuß ſolle erklären, daß er die Auffaſſung des Reichsminiſters David nicht teile. David repliziert ruhig. Der Vorwurf der Illoyalität richte ſich perſönlich nicht gegen Bethmann, ſondern gegen Zimmermann. Dieſer ſpringt auf und verlangt mit rotem Kopf das Wort. Er weiſt die Anklage Davids in aufgeregt ſprudelnder Rede zurück. Helfferich im Zeugenſtuhl zappelt und ſchreit dazwiſchen. Es hilft nichts, unwillkürlich drängt ſich da einem das Bild auf von den Angeklagten, die die wilden Männer ſpielen.

Um ½ nach 12 Uhr zieht ſich der Ausſchuß zur Beratung zurück. Warum weiß man eigentlich nicht genau. Denn, wenn es nicht die Aufgabe des Ausſchuſſes iſt, die Staatsmänner des alten Regimes zu beurteilen, ſo iſt es doch noch viel weniger ſeine Aufgabe, ihnen ein Wohlverhaltungszeugnis aufzuſtellen. Der ganze Skandal iſt von Herrn Helfferich vorſorglich inſzeniert worden. Davids in einer Verſammlung gehaltene Rede war kein Gegenſtand der Verhandlungen des Parlamentariſchen Unterſuchungsausſchuſſes. Indem Herr Helfferich ſie in die Verhandlungen hineinzerrte, beſchwor er den Krach herauf, der ſein Element iſt. Gegen ¾1 Uhr berät der Ausſchuß noch.

Um 1 Uhr verkündet der Ausſchuß ſeinen einſtimmig gefaßten Beſchluß. Er beſagt, daß ſich der Ausſchuß als ein Organ zur Prüfung der Tatſachen betrachte. Das endgültige Ergebnis ſei für den Schluß vorbehalten. Aeußerungen von Nichtmitgliedern des Ausſchuſſes ſeien für dieſen nicht maßgebend. Sofern ihre Form zu Beanſtandungen Anlaß gebe, ſeien ſie gerügt worden und würden künftig gerügt werden.

Dann beginnt das Kreuzverhör Helfferichs mit einigen Fragen des Profeſſors Schücking.

* * *

Der Sitzungsbericht.

Dr. Helfferich führt weiter aus: Nach der Kollektivantwort der Entente an Wilſon vom 10. Januar und der Senatsbotſchaft Wilſons waren annehmbare und erträgliche Friedensvorſchläge überhaupt nicht mehr zu erwarten. Auf die unerhörte Antwort der Entente hat Wilſon kein Wort der Abwehr gefunden, ſondern ſie als diskutabel bezeichnet. Er hat in der Frage Polen die ſchlimmſten Bedingungen befürchten laſſen. Am 20. Dezember hat General Ludendorff dem Reichskanzler gedrahtet, daß nach den Eindrücken, die er an der Weſtfront erhalten habe, er zu der Ueberzeugung gekommen ſei, daß nunmehr der unbeſchränkte U-Boot-Krieg mit aller Energie einſetzen müſſe. Herr v. Bethmann Hollweg antwortete, daß die Antwort der Entente abgewartet werden müſſe. Auch in einer Unterredung in Pleß erklärte er, daß er ſeine Haltung zum unbeſchränkten U-Boot-Krieg von der endgültigen Antwort und von der Geſtaltung der Geſamtlage abhängig machen müſſe. Wenn eine Uebereinſtimmung zwiſchen der politiſchen Leitung und der Oberſten Heeresleitung nicht zu erzielen ſei, ſo müſſe die Entſcheidung des Kaiſers herbeigeführt werden. Am 30. Dezember kam die Antwort der Entente auf unſer Friedensangebot. Am 8. Januar telegraphierte Hindenburg, daß er die

Eröffnung des unbeſchränkten U-Boot-Krieges

zum 1. Februar für notwendig halte. Am 9. Januar iſt dann dieſer Beſchluß in Pleß erfolgt. Dr. Helfferich legt dann auseinander, warum er ſeine Meinung über den U-Boot-Krieg geändert und ſich ſchließlich für den U-Boot-Krieg im Januar 1917 ausgeſprochen habe. Vom unbeſchränkten U-Boot-Krieg konnte man eine weitere Einſchränkung erwarten, und damit war die Möglichkeit gegeben, England fühlbarer an der Wurzel ſeiner Wirtſchaft zu faſſen als vordem. Das hier wiederholt angezogene Telegramm, das ich am 9. Januar an Herrn v. Bethmann in das Große Hauptquartier ſandte, wurde von mir in früher Morgenſtunde aufgeſetzt, nachdem ich die Nacht hindurch die Denkſchrift des Admiralſtabes durchſtudiert hatte. Ich wies darin nach, daß mit Rückſicht auf die Ernteverhältniſſe Amerikas die Zeit nicht gegen uns, ſondern für uns arbeite. Mir kam es darauf an,

einen kurzen Aufſchub

zu erzielen, bis für die ganze Welt ein klareres Bild vorhanden ſei. Sie wiſſen, daß die Entſcheidung am 9. Januar 1917 dagegen ausgefallen iſt, es dürfe nicht länger zugewartet werden. Als Herr v. Bethmann mir am 12. Januar die Entſcheidung überreichte, war ich auf das tiefſte erſchüttert. Die einzige Möglichkeit wäre geweſen, daß Präſident Wilſon ſich zu einem ſofortigen Einſetzen eines energiſchen Druckes auf die Entente bereitgefunden hätte. Das iſt nicht geſchehen. Zunächſt ſchwieg Wilſon, dann kam ſeine Senatsbotſchaft vom 22. Januar, aus der man zum wenigſten ein Geſchehenlaſſen, wenn nicht eine Billigung der Bedingungen der Entente herausleſen mußte. Das war die Situation, in der ich mir die Frage vorzulegen hatte, ob ich durch meinen Rücktritt den jetzt beſchloſſenen U-Boot-Krieg verneinen ſollte, ob ich es vor mir ſelbſt verantworten könne, in den Augen unſerer Bundesgenoſſen, unſeres eigenen Volkes und unſerer Feinde den U-Boot-Krieg durch eine ſolche Demonſtration zu diskreditieren, eine Demonſtration, die überdies ganz nutzlos geweſen wäre. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, hätte ich ſo gehandelt. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mitleidlos den Leuten überlaſſe, die hier in dieſem Hauſe am 17. Juli der Kriegsleitung in den Rücken gefallen ſind. (Große Unruhe b. d. Ausſchußmitgliedern.)

Vorſitzender Warmuth: Ich muß dieſe Aeußerung entſchieden zurückweiſen.

Staatsſekretär Helfferich: Ich muß mich natürlich fügen; meine Ueberzeugung kann ich aber natürlich nicht verleugnen. Die Entſcheidung war alſo gefallen. Der Krieg ging weiter, denn die Feinde wollten den Frieden nicht und Wilſon lehnte jeden Druck auf die Entente ab. Die weiteren Ereigniſſe in Amerika beſtätigten die Richtigkeit meiner Auffaſſung. Vor allem beſtärkte mich die Senatsbotſchaft Wilſons in der Ueberzeugung, daß auf Wilſons Hilfe nicht zu rechnen ſei. Gleichwohl haben wir auch den letzten Verſuch vom 28. Januar nicht unausgenutzt gelaſſen, obwohl die Möglichkeit vorhanden war, daß dieſer letzte Verſuch eine Falle für uns war. Aber wir wollten nichts unausgenutzt laſſen, und ſo erklärt ſich unſer

Telegramm nach Amerika

vom 29. Januar. Es hat zu keinem Ergebnis geführt. Nun hat Graf Bernſtorff geſagt, die Friedensvermittlung hätte weitergehen können, wenn wir eine Nuance anders geantwortet hätten. Es iſt ſehr ſchwer, ſich den Kopf des ſehr komplizierten Herrn Wilſon zu zerbrechen. Wir haben geſagt, unſere U-Boote ſeien draußen, und es ſei techniſch unmöglich, ſie zurückzuberufen. Wir erklärten uns aber bereit, den U-Boot-Krieg einzuſtellen, ſobald eine ausſichtsvolle Friedensvermittlung erfolge. Profeſſor Bonn und Graf Bernſtorff meinen, dieſes Telegramm hätte die Friedensvermittlung geſtört. Wenn es aber dem Präſidenten Wilſon wirklich ernſt um den Frieden war, ſo hätte er ſich durch dieſes Telegramm vom Frieden nicht abbringen laſſen dürfen. Was aber tat Wilſon? Er antwortete überhaupt nicht, er behielt die ihm übermittelten maßvollen deutſchen Friedensbedingungen ſtreng für ſich, ſo daß wir der Welt weiterhin als die Kriegsverlängerer, die Annexioniſten und die Länderſchlucker galten. Am Sonntag hat Dr. David in einer Verſammlung behauptet, daß nach den bisherigen Feſtſtellungen dieſes Unterſuchungsausſchuſſes der Reichstag in der Frage des U-Boot-Krieges hinters Licht geführt worden ſei, während man an Wilſon einen plumpen Betrug verſucht habe. Konnte man dem Reichstag klareren Wein einſchenken, als es durch mich in der Frage der Beteiligung Amerikas am Kriege geſchehen iſt? Wo iſt der plumpe Betrugsverſuch an Wilſon? Wo auch nur der leiſeſte Anſchein dafür? Der amerikaniſche Botſchafter Gerard ſchreibt in ſeinem Buch über Herrn von Bethmann Hollweg, der nach Dr. David den plumpen Betrugsverſuch an Amerika begangen haben ſoll: „Es war leichter für Deutſchland, mit Herrn von Bethmann Hollweg an der Spitze zum Frieden zu kommen. Die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen ſeiner Ehrenhaftigkeit." So der amerikaniſche Botſchafter und

ſo ein deutſcher Reichsminiſter!

(Große Erregung bei den Ausſchußmitgliedern. Beifall im Zuhörerraum. — Allgemeine Unruhe im Saal.)

Vorſitzender Warmuth: Ich bitte wirklich, dieſe Schärfe der Kritik zu unterlaſſen.

Dr. Helfferich: Ich bin durchaus nicht ſcharf geworden, ſondern habe nichts anderes getan, als die Aeußerung des amerikaniſchen Botſchafters der Aeußerung eines deutſchen Reichsminiſters gegenüberzuſtellen.

Reichsminiſter Dr. David (mit großer Schärfe): Die Antwort werde ich Ihnen ſchon geben!

Vorſitzender Warmuth: Das Recht zu einer ſachlichen Kritik will ich dem Zeugen nicht beſtreiten. Wenn ein Mitglied der jetzigen Regierung der früheren Regierung den Vorwurf eines plumpen Betrugsverſuchs mache, ſo iſt es durchaus zuläſſig, wenn dagegen ſachlich Stellung genommen wird. Aber der Ton macht die Muſik, und deshalb bitte ich den Zeugen, wenigſtens alle Schärfe in der Form zu vermeiden.

Heine und Erzberger.

Veranlaßt durch die falſche Wiedergabe ſeiner in Deſſau gehaltenen Rede in einem Teil der Preſſe, hat der preußiſche Miniſter des Innern, Genoſſe Heine, an den Reichsfinanzminiſter ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Die Preſſe redet von einem zwiſchen Ihnen und mir beſtehenden Konflikt. Mir iſt von einem ſolchen nichts bekannt. Vollkommen ins Gegenteil verkehrt ſind meine Ausführungen über den Schul- und Kirchenkompromiß, den ich, obgleich er meine Wünſche nicht erfüllte, gerade gegen die ſehr ſtarken Bedenken meiner Anhalter Parteigenoſſen und Wähler als Notwendigkeit aus der ganzen politiſchen Lage zu rechtfertigen mich bemüht habe.

Die Stelle, an der ich Ihren Namen genannt habe, war ein Satz aus einer längeren Erörterung über die Kulturaufgaben der Gemeinden und Einzelſtaaten. Ich befürchte in der Tat, daß die Konzentration aller Einkommenſteuern beim Reiche und die Aufhebung der finanziellen Selbſtändigkeit der Gemeinden und Länder deren Fähigkeit zu einer Kulturpolitik erheblich lahmlegen würde. Ich habe trotzdem auch in dieſer Frage Ihre Pläne aus Ihrer Stellung als Reichsfinanzminiſter, dem die Erfüllung der Verpflichtungen der Friedensbedingungen obliegen, zu erklären geſucht. Ich denke gar nicht daran, mir die üblichen Angriffe von rechts und links gegen Ihre Perſon zu eigen zu machen."

Haeniſch gegen die politiſche Schulvergiftung.

Aus Anlaß zahlreicher neuerdings ergangener Anfragen hat der Miniſter für Wiſſenſchaft, Kunſt und Volksbildung an die Provinzialſchulkollegien und -Regierungen folgende Verfügung erlaſſen:

Nach der einhelligen Auffaſſung der Preußiſchen Staatsregierung iſt die Schuljugend, die zu ſtaatsbürgerlichem Verſtändnis erſt herangebildet werden muß, vor unfruchtbarem Zwiſt, ſind Erziehung und Unterricht vor daraus ſich ergebenden tiefgreifenden Störungen zu bewahren. Das geſamte Schulleben muß daher von politiſchen Streitigkeiten aller Art freigehalten werden.

Daraus folgt:

1. Die Schule darf parteipolitiſchen Beſtrebungen unter der Schuljugend keinerlei Förderung gewähren.
2. Die Lehrer müſſen jede mittelbare oder unmittelbare Beeinfluſſung ihrer Schüler nach irgend einer parteipolitiſchen Richtung hin ſtreng vermeiden.
3. Die Schüler haben ſich innerhalb der Schule aller politiſchen Streitigkeiten und jeder herausfordernden Betonung ihres Parteiſtandpunktes (z. B. durch Tragen von Abzeichen) zu enthalten.

Die Provinzialſchulkollegien und -Regierungen wollen die Leiter und Leiterinnen der ſämtlichen ihnen unterſtellten Lehranſtalten hiernach mit Weiſung verſehen.

Der Erlaß iſt ſehr ſchön, nur ſollte der Miniſter dafür ſorgen, daß er ſogar in Wilmersdorf durchgeführt wird.

*

Verſchiedene rechtsſtehende Blätter wollten am Donnerstag wiſſen, daß Oberſt Reinhard mit der Stellung der Ehrenkompagnie auf höheren Befehl gehandelt habe. Demgegenüber ſtellen die offenbar von amtlicher Stelle inſpirierten „P. P. N." feſt, daß dem Oberſten Reinhard zur Stellung der Ehrenkompagnie beim Eintreffen Hindenburgs weder ein Befehl noch eine Ermächtigung erteilt worden iſt.

„Kaiſerhoch in der Schule".

Zu unſerem Bericht über monarchiſtiſche Vorgänge in der 282. Gemeindeſchule ſendet uns die Lehrerin Fräulein Hanna Regis eine Zuſchrift, in der ſie die Behauptung wiederholt, daß die Kinder ſie bei Betreten der Klaſſe mit einem Hoch auf das Kaiſerpaar begrüßt hatten. Sie betont weiter:

Jede ſyſtematiſch betriebene politiſche Beeinfluſſung der Kinder liegt mir ganz fern. Doch bietet ſich einmal die Gelegenheit, vertrete ich meinen Standpunkt genau ſo wie Sie den Ihren.

Dieſe Gelegenheit nun ſcheint ſich ſo oft geboten und die Dame ſcheint ihre Ueberzeugung ſo oft — auch vor den Kindern — vertreten zu haben, daß die Kinder ſchließlich „aus ſich heraus" das Kaiſerhoch ausbrachten. Politiſche Beeinfluſſung kann auch unſyſtematiſch erfolgen, ſie wirkt dann um ſo gefährlicher.

Wir nehmen an, daß Fräulein Hanna Regis künftig die Gelegenheiten, ihren „Standpunkt" zu vertreten, nur außerhalb der Schule ſuchen und daß ſie innerhalb der Schulräume nur ihre berufliche Pflicht erfüllen wird. Dann werden Kaiſerhoch-Ueberraſchungen ausbleiben.

Strindberg kehrt aus der Hölle zurück.

Von Max Hochdorf.

Kein vernünftiger Menſch, der ſich die Oberwelt und die Unterwelt fein ſäuberlich geſtaltet, wird daran zweifeln, daß Auguſt Strindberg nach ſeinem irdiſchen Verſcheiden zu Satanas, dem Höllenfürſten, hat hinwandern müſſen. Denn Strindberg wollte ſich ja nicht mit dem gewöhnlichen und geheiligten Moralbuch und Herzensalmanach der Kleinbürger beſänftigen, ſondern einige Lebensſprüchlein aufſtellen, die eine empörte Menſchheit noch heute als Revolution empfindet. Darum iſt er auch den gerechten Weg hinab ins Fegefeuer gegangen. Und es iſt ſehr verwunderlich, aber bisher noch nicht bekannt geworden, daß es dem Dichter gelang, für eine Weile aus der bratenden Seelengemeinſchaft zu entkommen. Er durfte, von Mephiſtopheles beurlaubt, zur Erde zurückkehren, wo er den Weltkrieg miterlebt hat. Er hat ihn nicht gutgeheißen. Er hat ſich aber trotzdem keineswegs durch Kriegsgewinn, ſondern durch andere Geſchicklichkeit zum Herrn eines geſellſchaftlich ſehr angeſehenen Hauſes gemacht. Er muß ſein Vermögen aber durchgebracht haben. Denn man findet ihn als ſchäbig bezahlten Zeitungsredakteur in ſeinem zweiten Daſein wieder. Er iſt, wie vor ſeinem erſten Tode, verheiratet. Sagen wir es offen: Natürlich mit einer Kanaille. Was ihn, den ſtarken, noch immer ſehr ſtürmiſchen Geiſt, nicht hindert, ſeinen Poſten aufzugeben und ſich von allen Kapitaliſten, engen Parteimännern und gemeingefährlichen Finſterlingen zu erlöſen. Man ſollte meinen, daß Strindberg, der beurlaubte Fegefeuerſträfling, derartige Erfahrungen ſeines zweiten Lebens anwendet, um eine früher ſchon offenbarte Menſchenverachtung und Weltverneinung zu beſtärken. Das Gegenteil trifft zu: Er liebt die Menſchen, denen er ſo mancherlei Gemeinheit nachſagen kann.

Aber ſeine geheimnisvolle, man möchte ſagen, ſenſationelle Entlaſſung aus der Teufelsküche wird dadurch beſonders ſeltſam, daß der Höllenurlauber und wiedererſtandene Erdenwanderer mit des Beelzebuben Majeſtät einen Vertrag abgeſchloſſen hat. Nach dem Hauptparagraphen dieſes Papiers ſoll Strindberg der Hölle wieder verfallen, wenn er ſein zweites Leben ſcheußlich und verdammenswürdig findet. Man mag leicht denken, daß der witzige Höllenherr ſolche Bedingung nur geſtellt hat, weil er ſeiner Beute ganz ſicher war. Doch er täuſcht ſich über Strindberg, wie auch einſtmals über Dr. Fauſten. Strindberg bekehrt ſich zu der Endanſicht, daß Geiſtesverfinſterung, Weiberquälerei, Zeitungsſchäbigkeit und ähnliche Welteinrichtungen durchaus nötig ſind, weil Niedrigkeit und Schuſterei zu dem Purgatorium gehören, in dem die Menſchheit für die künftige, weltumſpannende Glückſeligkeit abgewaſchen und vorbereitet werden muß. Er verneint nicht mehr. Er zweifelt nicht mehr. Er ſagt Ja und Amen zu der Zukunftsherrlichkeit der Erde. Es geſchieht, daß der Teufel ſchwer enttäuſcht wird, daß er ſeine Wette verliert. Der Höllenurlauber braucht nicht mehr in die Hölle zurück. Er kann in den Himmel.

Na, Gott ſei Dank! — —

Woher man das alles weiß? Seitdem Herr Paul Duyſen ſein mit Recht fünfaktiges und gereimtes Jambendrama „Mephiſtopheles, Strindberg und der Krieg" geſchrieben hat. Dieſer mit der Metrik der gebildeten Sprache und der Poeſie etwas verfeindete Mann muß höhere Beziehungen und bedeutendere Einſichten beſitzen als wir, was ihm mit Dankbarkeit und Ergriffenheit quittiert werde. Denn er hat uns die wichtige Kenntnis vermittelt, daß Mephiſtopheles im Jahre 1918 den Namen eines Fürſten Höllwitz angenommen hat und mit ſeiner Großmutter die bekannte bibliſche Leichenröſterei in einem Umfange fortſetzt, den die Kohlennot keineswegs beſchränkt. Es dürfte Menſchen geben, die Herrn Duyſen einen blutig bedauerlichen Dilettanten nennen und das Papieramt verklagen möchten, weil es derartigen Humbug nicht verhindert. Solche Nörgler haben ſicher Unrecht. Denn das Papieramt regiert nach ſeinem eigenen, myſtiſchen Verſtand und Gutdünken.

Ein Reichstheaterrat. Der Deutſche Bühnenverein, die Genoſſenſchaft Deutſcher Bühnenangehöriger, der Verband Deutſcher Bühnenſchriftſteller und Bühnenkomponiſten und die Vereinigung der Bühnenverleger haben jetzt die Statuten ihrer in Rothenburg beſchloſſenen Arbeitsgemeinſchaft feſtgelegt. Die Arbeitsgemeinſchaft wird durch einen Ausſchuß vertreten, den Reichstheaterrat. Dieſer ſoll die in allen vier Verbänden gemeinſamen Intereſſen des deutſchen Theaterweſens wahren. Er bezweckt die kulturelle, wirtſchaftliche und ſoziale Förderung des deutſchen Theaters und vertritt die Arbeitsgemeinſchaft in allen Angelegenheiten der Theatergeſetzgebung, Theaterverwaltung und des Theaterverkehrs gegenüber den Parlamenten, Behörden und der Oeffentlichkeit. Der Sitz der Arbeitsgemeinſchaft iſt Berlin. Bureau: Schriftführer Dr. Wenzel Goldbaum, Wilhelmſtr. 52.

Leo Tolſtois Witwe, Sofia Andrejewna Tolſtoi, iſt in Jasnaja Poljana, 75 Jahre alt, geſtorben. Aus Lebenserinnerungen, die ſie hinterlaſſen hat, wird man weitere Aufſchlüſſe erwarten dürfen über das, was ſie dem Dichter in langen Jahrzehnten in treuer geiſtiger Gemeinſchaft geweſen iſt.

Der Muſikfeind. Sofie Heymann-Engel, der wir ſchon die Wiederaufführung einer Reihe älterer Singſpiele und Operchen verdanken, erweckte in ihrem Konzert- und Opernabend Richard Genées köſtlichen Muſikfeind im Konzertſaal der Hochſchule zu neuem Leben. Wie der alte Junggeſelle, der alle Muſik längſt verſchworen hat, aufs neue zur Muſik durch ein junges Liebespaar bekehrt wird, iſt in einem anmutig heiteren Spiel luſtig dargeſtellt. Die Muſik untermalt die Handlung aufs köſtlichſte und entwickelt alle nur möglichen Humore und hat reizende Einfälle. Das entzückende Werkchen kam unter Mitwirkung des Blüthnerorcheſters durch die Herren Eduard Kandl und Guſtav Werner zu guter Wirkung. Sofie Heymann-Engel ſelbſt gab das muſikbegeiſterte, verliebte Mädchen mit feinem muſikaliſchem Verſtändnis, aber mit nicht immer zureichenden Mitteln.

d.

Eine Erklärung d'Alberts ſucht jetzt den Ausdruck „Verunſtaltung der Aufführung", der ſo verhängnisvolle Folgen gehabt hat, abzuſtumpfen. Der Komponiſt bezieht ihn jetzt auf die Wirkung, die in ſeinen Augen die Behandlung der Hauptfigur des Generals für die ganze Aufführung gehabt habe. Er dankt einer ganzen Reihe von Mitwirkenden für ihre hervorragenden Leiſtungen und bedauert, daß der Intendant ſeinen Ausdruck als Verletzung empfunden habe.

Die Erklärung gibt eine Handhabe, den jäh abgebrochenen Verkehr wieder in Ordnung zu bringen.

Hamburger Uraufführung. In einer Matinee der Hamburger Kammerſpiele wurde Klabunds Einakter „Der Totengräber" uraufgeführt. Klabund wirkt ja ſehr ungleich, — am ſtärkſten wohl im Roman. Schwer Epigonenhaftes und echte Friſche kreuzen ſich. Für diesmal kleidet er expreſſioniſtiſches Sinnen und Sorgen in ein beinahe klaſſiziſtiſches Gewand. Man hat den Eindruck: eine Idee Fritz von Unruhs in Verſen Byrons oder vielmehr Wildemeiſters.

A. S.

Haydns „Schöpfung" in der Heilandskirche. Der ganze Raum zuoberſt und zuunterſt buchſtäblich ausverkauft — nur ein Stehplätzchen noch konnte der Referent ergattern. Gleichwohl reut es ihn nicht, der Aufführung dieſes oratoriſchen Meiſterwerks angewohnt zu haben. Wenn man bedenkt, daß es ſich bei dem Heilandkirchen-Chor um lauter freiwillige, obzwar mehr oder minder muſikkundige Kräfte handelt und ſein Dirigent Reinh. Kurt es an einer einzigen Generalprobe genug ſein laſſen mußte, ſo nötigt die anſcheinend müheloſe vollbrachte Leiſtung Reſpekt ab. Man ſpürte am Schwung des Vortrages, welch ein hohes Maß von begeiſterter Hingabe mit am Werk geweſen. Die Soloparten waren bei Maria Dreher-Wolff (Sopran), Guſtav Wittke (Tenor) und Max Barth (Baß) wohl aufgehoben. Organiſt Siebert und die Kapelle des ehemaligen 4. Garde-Regiments zu Fuß hatten an der gelungenen Darbietung ihren großen Anteil.

Der Verein für die Geſchichte Berlins will ſeine wertvolle Bibliothek jetzt öffentlich zugänglich machen. Er hat zu dieſem Zweck jetzt einen Leſeſaal im Deutſchen Dom eingerichtet, der demnächſt der Benutzung übergeben werden ſoll.

„Der Sturm". In der Kunſtausſtellung Potsdamer Str. 134a ſtellen Hugo Händel (Hannover) und Oskar Fiſcher (Karlsruhe) ihre neueſten Arbeiten aus.

Die Humboldt-Hochſchule gibt jetzt ein Nachrichtenblatt heraus, das möglichſt vierzehntägig erſcheinen und vor allem das Band zwiſchen der Schule und ihrer Hörerſchaft feſtigen ſoll. Ein einleitender Artikel läßt erkennen, daß das Blatt auch Kampforgan der Hochſchule, die ſich durch die Gründung der Volkshochſchule Groß-Berlin in ihrer Selbſtändigkeit und Vorherrſchaft bedroht fühlt, ſein ſoll.

Es gibt Transportmittel.

Zu dieſem Artikel unſeres Freitag-Morgenblattes teilt das Reichsverkehrs-Miniſterium mit, daß nur der Mangel an Betriebsſtoff die Erprobung der Straßenzugmaſchinen bisher verhindert habe. Die Kohlenverteilungsſtelle kam zu ihrem ſeinerzeitigen Einwand dadurch, daß die Verkehrsmittel zur Beförderung der Braunkohlen- und Brikettprodukte damals ausreichten.

Die oberſchleſiſchen Wahlen kaſſiert.

Der Fünferrat hat den Entwurf einer Note an die deutſche Regierung gebilligt, in der mitgeteilt wird, daß die am letzten Sonntag in Oberſchleſien ſtattgehabten Kommunalwahlen für null und nichtig erklärt werden. Ein Pariſer Blatt behauptet, daß Deutſchland zur Annullierung der oberſchleſiſchen Gemeinderatswahlen eine kurze und höchſtens vierzehntägige Friſt geſtellt würde. In der Vornahme der Gemeinderatswahlen werde möglicherweiſe auch eine Verletzung der Waffenſtillſtandsbedingungen(?) erblickt werden.

Die Parole der Weltbefreier ſcheint zu ſein:

Vive le système électoral des trois classes, à bas le suffrage démocratique!

Der polniſche Miniſterrat **betraute in Oberſchleſien den Abgeordneten Korfanty, in Oſtſchleſien den Abgeordneten Dr. Kunicki (Soz.) mit der Aufſicht in Volksabſtimmungsangelegenheiten. — Abgeordneter Korfanty erhielt eine Einladung zur Pariſer Friedenskonferenz.**

Kein Gaſtrecht für Streiker.

(Lörracher Drahtbericht des „Vorwärts".)

Wegen Teilnahme an Streiks hat der Schweizer Bundesrat 27 italieniſche Arbeiter in verſchiedenen Städten des Landes ausgewieſen. Die gleiche Maßnahme ſteht zahlreichen deutſchen Arbeitern in Ausſicht.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Laut „Journal des Débats" habe die Wiederaufbaukommiſſion einen neuen dringlichen Appell an Deutſchland beſchloſſen, mit der Arbeiterſendung für das zerſtörte Gebiet ſofort zu beginnen. Die vorläufigen Herrichtungsarbeiten müßten noch vor dem Winter beginnen. **Es wären mehr als 950 000** (??) Arbeiter notwendig.

Autonomie für Südtirol!

Der italieniſche Generalkommiſſar Prof. Credaro in Bozen empfing Vertreter der deutſchen bürgerlichen Parteien, die eine Reihe von Beſchwerden vorbrachten. Bei dieſer Gelegenheit erklärte Credaro, daß demnächſt die Beratung der Autonomiefrage in Trient unter ſeiner Leitung beginnen werde. Einer Abordnung der neuen Organiſation der Italiener in Bozen gegenüber erklärte Credaro zu deren Beſtrebungen, aus Deutſch-Südtirol und dem Trentino eine einzige Provinz zu ſchaffen, daß dieſe Frage nur vom Parlament gelöſt werden könne. Die künftige Zuſammenſetzung der italieniſchen Kammer mit dem wahrſcheinlichen Ueberwiegen der Klerikalen und Sozialdemokraten unter den Südtiroler Abgeordneten laſſe erwarten, daß die Kammer eine weitgehende Autonomie für Deutſch-Südtirol beſchließen werde.

Zum einjährigen Beſtehen der Republik Deutſch-Oeſterreich wurde der Staatskanzler Dr. Renner von der amerikaniſchen und italieniſchen Miſſion beglückwünſcht. Für das Volk von Wien erhält dieſes Jubiläum ſeinen Glanz durch die erzwungene Einſtellung der Lebensmittelzubußen für die Kleinkinder, da die Entente die Lieferungen eingeſtellt hat . . .

Eine Milderung des Friedensvertrages. Die Entente hat ſich auf eindringliche Vorſtellung von Vertretern der deutſchen Regierung in Verſailles bereit erklärt, an Stelle der geforderten 140 000 Milchkühe nur 90 000 Kühe entgegenzunehmen.

Keine Frau Lord. Im engliſchen Oberhaus iſt der Vorſchlag, Frauen das Recht zu verleihen, Sitze im Oberhaus einzunehmen, abgelehnt worden. Das Unterhaus hatte im entgegengeſetzten Sinne beſchloſſen.

Acht Mark für eine Krone kann man jetzt in Kopenhagen kaufen.

Groß-Berlin

Verfallerklärung von Kartoffeln.

Durch Verordnung des Reichswirtſchaftsminiſters vom 11. November 1919 iſt die Reichskartoffelſtelle ermächtigt worden, Kartoffeln, die vorſchriftswidrig veräußert oder ſonſt in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entſchädigung für verfallen zu erklären. Dieſe Befugnis ſtand nach der bisherigen Regelung lediglich den Kommunalverbänden zu, es hat ſich aber als notwendig erwieſen, ſie im Intereſſe der Ermöglichung eines beſchleunigten und energiſchen Zugreifens auch der Reichskartoffelſtelle als der für die Erfaſſung und Verteilung der Kartoffeln in erſter Linie zuſtändigen Reichszentralſtelle zu übertragen. Gegen die Verfügung der Reichskartoffelſtelle, durch welche Kartoffeln für verfallen erklärt werden, iſt Beſchwerde an das Reichswirtſchaftsgericht zuläſſig, das endgültig entſcheidet.

Die Mißſtände in der Berliner Straßenreinigung.

Eine Korreſpondenz ſchreibt uns: Die Berliner Stadtverordnetenverſammlung hat in ihrer geſtrigen Sitzung durch die einſtimmige Annahme eines Antrages, der den Magiſtrat auffordert, für eine beſſere Säuberung der Straßen zu ſorgen, zu erkennen gegeben, wie wenig ſie mit der bisherigen Tätigkeit der Straßenreinigung einverſtanden iſt. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin behauptet nun in einer Zuſchrift an die Preſſe, daß auf den ſtädtiſchen Arbeitsnachweiſen Arbeitsloſe, die ſich zum Schneeſchippen meldeten, nicht abgewieſen worden ſind und daß es nicht zutreffe, daß auf den Straßenreinigungsdepots Arbeitsloſe nur eingeſtellt worden ſeien, wenn ſie vom Arbeitsnachweis kamen. Dem gegenüber muß feſtgeſtellt werden, daß tatſächlich in den erſten drei Tagen Hunderte von Arbeitsloſen ſowohl auf dem Arbeitsnachweis in der Gormannſtraße, als auch auf einzelnen Depots der Straßenreinigung abgewieſen worden ſind. Vor dem Nachweis in der Gormannſtraße haben ſich deshalb ſogar lebhafte Auseinanderſetzungen zwiſchen der Verwaltung und den Arbeitsloſen abgeſpielt. Wie ungenügend die Berliner Straßenreinigung iſt, geht auch daraus hervor, daß die Stadt Berlin z. B. im ganzen nur 68 Schneepflüge beſitzt, während das ſo viel kleinere Charlottenburg über 32 Schneepflüge verfügt. Das zeigt, daß es der Berliner Straßenreinigung an einer guten Organiſation, die beim Eintreten eines derartigen Unwetters erfolgreich eingreifen kann, fehlt.

Eine weitere Million für Holzhäuſer in Schöneberg.

Die Schöneberger Städtiſche Verwaltung hat ſeinerzeit beſchloſſen, zur Linderung der Wohnungsnot Hausbauten in der Kolonie am Lindenhof zu errichten. Durch dieſe Siedlung ſollten bis 1. Oktober 1919 geſchaffen werden: 88 Mehr-Familienhäuſer mit zuſammen 852 Wohnungen, 121 Einfamilienhäuſer und ein Ledigenheim für 100 Perſonen. Jetzt teilt der Schöneberger Magiſtrat den Stadtverordneten mit, daß durch die Ungunſt der Verhältniſſe und beſonders durch die Knappheit an Baumaterialien und durch die Streiks die Bauausführung derart verzögert worden iſt, daß mit der Fertigſtellung der Kolonie erſt zum 1. Juli 1920 gerechnet werden kann. Es konnten bisher nur bezogen werden 11 Häuſer mit 44 Wohnungen. Bei günſtigen Verhältniſſen und ohne Streiks könnten bis zum 1. Januar weitere 21 Häuſer mit 84 Wohnungen fertig ſein. Der Wohnungsbedarf ſei aber ſo außerordentlich groß, daß dieſe Maßnahmen nicht genügen. Seit April hätten ſich beim Städtiſchen Wohnungsamt nicht weniger als 4964 Wohnungſuchende gemeldet, für die aber nur 644 Wohnungen zur Verfügung ſtanden. Um alle Möglichkeiten zur Schaffung von Wohngelegenheiten auszunutzen, hält der Magiſtrat den Bau von Holzhäuſern zu Wohnzwecken für dringend geboten. Der Magiſtrat erſucht, ihm zum Bau von Holzhäuſern 1 Million Mark zur Verfügung zu ſtellen, die aus Anleihemitteln zu decken ſind. Die Schöneberger Stadtverordnetenverſammlung wird ſich mit dem Antrage in der Sitzung am Montag beſchäftigen.

„Volk und Zeit", unſere illuſtrierte Wochenſchrift, liegt der heutigen Poſtauflage bei.

An die Mitkämpfer von Dixmuiden. Unſere Gegner behaupten, deutſche Truppen hätten am Tage der Erſtürmung von Dixmuiden (10. November 1914 nachmittags) im Weſten der Stadt nahe der Yſer auf einer aufgeſchütteten Straße 40 franzöſiſche Marinefüſiliere als Deckung gegen das feindliche Feuer aufgeſtellt, während die deutſche Abteilung hinter der Straßenböſchung verſteckt geweſen ſei. Ferner hätten die Deutſchen am folgenden Tage (11. November 1914) bei Tagesanbruch franzöſiſche Gefangene gezwungen, dort, wo die Eiſenbahn am Kirchhof von Dixmuiden vorbeiführt, Schützengräben aufzuwerfen. Mitkämpfer, die als Zeugen etwas zur Sache bekunden können, werden gebeten, ihre Angaben zunächſt ſchriftlich der Kommiſſion Schücking, Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 9, einzuſenden.

Für 100 000 M. Pelze und Stoffe erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht an zwei Stellen. Die Pelze, hauptſächlich Kreuz- und Silberfüchſe, im ganzen für 50 000 M., holten die unbekannten Verbrecher aus einem Pelzwarengeſchäft in der Jüdenſtr. 54, die Stoffe aus der Einkaufsſtelle für Männer- und Knabenkleidung in der Stralauer Str. 44—45.

Unglück oder Selbſtmord? Tot aufgefunden wurde geſtern in ſeinem Zimmer der 38 Jahre alte Sticker Franz Januſchkowit aus der Gertenſtr. 2. Hausgenoſſen, die durch einen Gasgeruch aufmerkſam wurden, mußten ſich mit Gewalt in das von innen verriegelte Zimmer Eingang verſchaffen und fanden den Mann tot im Bette liegen. Von ſeiner für Gasbeleuchtung umgearbeiteten Petroleumlampe war der Verbindungsſchlauch gelöſt. Ob ein Unglück oder Selbſtmord vorliegt, weiß man nicht.

Betriebsunfall auf dem Schleſiſchen Bahnhof. Heute nacht gegen 3 Uhr ereignete ſich auf dem Schleſiſchen Güterbahnhof ein ſchwerer Unglücksfall. Eine Rangiermaſchine ſtieß mit einem Poſtwagen zuſammen, wobei der Lokomotivführer der Maſchine getötet und ein Schaffner des Poſtwagens ſchwer verletzt wurde.

Das Betragen der Schulkinder gegen Taubſtumme, das namentlich in letzter Zeit zu lebhaften Klagen geführt hat, veranlaßt den Kultusminiſter zu einer Veröffentlichung, in der die zuſtändigen Stellen erſucht werden, dahin zu wirken, daß den Kindern in allen Schulen eingeſchärft wird, die Taubſtummen nicht mehr durch Nachäffen und Lachen zu verſpotten, ſondern ſie im Gegenteil durch tatkräftige und liebreiche Hilfe zu unterſtützen.

Herabminderung der Zahl der Staatsforſtlehrlinge. Infolge der ſtarken Ueberfüllung der Laufbahn der Staatsförſter und der Uebernahme einer großen Zahl von Forſtbetriebsbeamten und Anwärtern aus den abzutretenden Landesteilen hat ſich das Landwirtſchaftsminiſterium neuerdings veranlaßt geſehen, die Zahl der anzunehmenden Staatsforſtlehrlinge bedeutend herabzuſetzen. In einzelnen Regierungsbezirken können im Lehrjahr 1. Oktober 1920/21 überhaupt keine Staatsforſtlehrlinge angenommen werden.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" wird in nächſter Zeit bei Filialen der Bahnhof- und Kiosk-Buchhandlung Stilke in Berlin zu haben ſein.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Morgen Sonnabend dieſelben Milchportionen wie am Freitag.

Johannisthal. Ab heute 125 Gramm Inlandsmarmelade (582), 250 Gramm Hülſenfrüchte (580), 125 Gramm Reis (584) für Perſonen im Alter von 60 Jahren und darüber gegen im Rathaus, Zimmer 7, erhältlichen Gutſchein 250 Gramm Haferflocken.

Pankow. Bis 16. Nov. 200 Gramm Blutwurſtkonſerven, 200 Gramm Rindfleiſchkonſerven, 60 Gramm Fiſchwurſt.

Vorträge, Vereine und Verſammlungen.

Konſumgenoſſenſchaft Berlin und Umgegend. Montag 6 Uhr Generalverſammlung in der Bock-Brauerei, Am Tempelhofer Berg. Für Zuhörer kein Zutritt, ſondern nur eingetragene Mitglieder. Nur derjenige hat Zutritt, auf deſſen Namen die Legitimationskarte lautet.

Reichsbund der Kriegsbeſchädigten. Montag, 7½ Uhr, bei Schulz, Eliſabethſtr. 30: Verſammlung.

Filmvorträge der Treptow-Sternwarte. Sonntag 3 Uhr: „Vom Monte Roſa zur engliſchen Küſte". 5 Uhr: „Aus Großſtadtmauern in den Schwarzwald". 7 Uhr: „An den Ufern des Rheins". Dienstag 7 Uhr: „Milchſtraße und Nebelgeſtirne". Sonnabend, den 22. November, 5 Uhr: „Aus Großſtadtmauern in den Schwarzwald". Beobachtungen mit dem großen Fernrohr täglich bei klarem Wetter von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends. Führungen durch das aſtronomiſche Muſeum von 2 bis 8 Uhr.

Gewerkſchaftsbewegung

Betrachtungen über den Metallarbeiterſtreik.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Vertrauensmännerverſammlung der Gasarbeiter rechtfertigte Polenske die Haltung der Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes in der Gewerkſchaftskommiſſion bei der Entſcheidung über die Frage des Generalſtreiks. Der Redner begann mit einer Betrachtung über den Metallarbeiterſtreik. Die in dieſem Kampf befolgte Taktik ſei keine glückliche geweſen. Daß die Ortsverwaltung und die Generalverſammlung des Metallarbeiterverbandes dem Schiedsſpruch, der fünf Lohnklaſſen mit Lohnſätzen von 2 bis 3 M. feſtſetzte, zugeſtimmt haben, ohne die Mitglieder zu befragen, ſei ein Fehler geweſen. Nachdem die Mitglieder in den Betrieben die Vereinbarung abgelehnt hatten, habe den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen werden müſſen. Der Redner machte längere Ausführungen über den weiteren Verlauf des Streiks, die im weſentlichen dahin gingen: Als die Maſchiniſten und Heizer den Sympathieſtreik beſchloſſen hatten, vergingen mehrere Tage, ohne daß man von dem Streik etwas merkte. Der Gemeindearbeiterverband hatte die Verſicherung abgegeben, daß ſeine in den Elektrizitätswerken beſchäftigten Mitglieder einem Streikbeſchluß reſtlos Folge leiſten würden. Nachdem die Techniſche Nothilfe eingetreten war, wurde erklärt, jetzt werden die Arbeiter aus den Elektrizitätswerken ſämtlich herausgezogen. Die Gemeindearbeiter in den Neuköllner und Schöneberger Elektrizitätswerken haben der Parole ohne Ausnahme Folge geleiſtet. Das Charlottenburger Werk, wo nur Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes beſchäftigt ſind, iſt ſtillgelegt worden. Aber der Verband der Maſchiniſten und Heizer war nicht in der Lage, ſeine Mitglieder vollzählig zum Verlaſſen der Werke zu bewegen. Die Berliner Elektrizitätswerke, wo der Verband der Maſchiniſten und Heizer ausſchlaggebend iſt, arbeiteten weiter. Weder im Betriebe der Straßenbahn noch in der Beleuchtung war Mangel an Strom zu bemerken.

Der Sitzung der Gewerkſchaftskommiſſion, die über den Generalſtreik zu entſcheiden hatte, ging eine Konferenz der Vorſtände voraus. Da hat ſich auch der Vertreter der am Metallarbeiterſtreik beteiligten Transportarbeiter gegen den Generalſtreik erklärt. Es wurde auch geſagt, die Transportarbeiter und die Angehörigen anderer am Metallarbeiterſtreik beteiligten Berufe ſeien an die Wand gedrückt und nur die Intereſſen der Metallarbeiter berückſichtigt worden. — In der Sitzung der Gewerkſchaftskommiſſion erklärte Schumacher, der Vertreter des Schneiderverbandes;

Wenn die Gewerkſchaften jetzt nicht in den Generalſtreik eintreten, dann hätten ſie keinen Wert mehr.

Aber daß der Generalſtreik Erfolg haben würde, davon war Schumacher nicht überzeugt. Von den 6 Vertretern des Gemeindearbeiterverbandes haben 2 für und 4 gegen den Generalſtreik geſtimmt. Die 6 Vertreter der Maſchiniſten und Heizer ſtimmten ſämtlich gegen den Generalſtreik. Schückting, der Vorſitzende des Verbandes der Maſchiniſten und Heizer, erklärte, ſeinen Kollegen könne nicht zugemutet werden, jetzt wieder aus den Betrieben zu gehen, nachdem ſie eben erſt acht Tage draußen waren. — Der Generalſtreik iſt abgelehnt worden, weil vorauszuſehen war, daß er keinen Erfolg haben würde. Ein verlorener Generalſtreik würde die Poſition der Arbeiterſchaft auf das ſchwerſte geſchädigt haben. Jetzt komme es aber darauf an, die Gewerkſchaften für die Zukunft aktionsfähig zu erhalten.

Der Vorſitzende ſtellte die von den unabhängig-kommuniſtiſchen Arbeiterräten beſchloſſene Reſolution, die ſich für die Betriebsorganiſation und das reine Rätesſyſtem erklärt, zur Diskuſſion. — Dieſe Angelegenheit nahm dann in der Debatte einen breiten Raum ein. — Linke, der ſich als Kommuniſt bezeichnete, beantragte,

die Mitglieder ſollten aus dem Gemeindearbeiterverband austreten

und Betriebsorganiſationen bilden. Im Charlottenburger Gaswerk wolle keiner mehr etwas wiſſen von der Berufsorganiſation, beſonders vom Gemeindearbeiterverband. — Mehrere andere Redner ſtellten ebenfalls die Parole auf: „Hinaus aus dem Verband, hinein in die Betriebsorganiſation." Andere Redner traten dieſem Standpunkt entgegen. Ein Vertreter des Gaswerks in der Gitſchiner Straße erklärte, ſeine Kollegen ſeien gegen die Betriebsorganiſation, ſie wollen der Gewerkſchaft treu bleiben. Die von den Kommuniſten beabſichtigte Zertrümmerung der Gewerkſchaften machen ſie nicht mit. — Ein Teilnehmer an der unabhängig-kommuniſtiſchen Räteverſammlung erklärte,

die Verſammlung ſei mit der Reſolution überrumpelt worden.

Wenn die Reſolution beſtehen bleibe, dann werde eine Spaltung in der U. S. P. eintreten. — Einige Redner erklärten, daß die Arbeiter mehrerer Gaswerke einem Generalſtreikbeſchluß ohne Ausnahme gefolgt wären. Die Verbandsvertreter hätten nur aus Angſt vor Noske gegen den Generalſtreik geſtimmt.

Polenske verwahrte ſich im Schlußwort gegen dieſe Unterſtellung und wandte ſich gegen den Gedanken der Betriebsorganiſation, die bei manchem wohl deshalb Anklang finde, weil ſie niedrige Beiträge fordert und ihren Anhängern die Möglichkeit gibt, jeder Organiſationspflicht zu entſagen.

Bei der Abſtimmung zeigte ſich, daß die Ueberradikalen wohl über eine Anzahl zungenfertiger Redner, aber ſonſt über keinen Anhang verfügen. Für die Reſolution Linke mit dem Grundgedanken: Hinaus aus der Gewerkſchaft, hinein in die Betriebsorganiſation, erhoben ſich nicht viel mehr Hände als Redner für ſie geſprochen hatten. Die Reſolution wurde alſo mit einer an Einſtimmigkeit grenzenden Mehrheit abgelehnt. Dasſelbe Schickſal hatte ein gegen Polenske beantragtes Mißtrauensvotum.

Zum Streik in den Schuhwarenhäuſern.

Die mehr als 80 000 Mitglieder umfaſſende Fachgruppe 7 des Zentralverbandes der Angeſtellten übermittelte den ſtreikenden Angeſtellten der Schuhwarenhäuſer folgende Sympathieerklärung:

Die Fachgruppenleitung der Gruppe 7 (Waren-, Kaufhäuſer und Spezialgeſchäfte) ſpricht den ſtreikenden Angeſtellten im Schuhwarenhandel die wärmſten Sympathien in ihrem ſchweren Kampfe um beſſere Lebensbedingungen aus.

Die Fachgruppenleitung verpflichtet ſich, die ſtreikenden Angeſtellten in moraliſcher und finanzieller Beziehung zu unterſtützen. Zu dieſem Zweck beſchließt die Fachgruppenleitung, ſofort Sammlungen in den Betrieben einzuleiten, deren Ertrag den ſtreikenden Angeſtellten zugute kommt.

Einkehr zur Vernunft.

Ueber einen völligen Meinungsumſchwung unter den Königsberger Bauarbeitern, die noch vor kurzem von der radikalen Parole ergriffen waren, konnte vor einigen Tagen die „Königsberger Volkszeitung" berichten. Der Parteiſtreit hatte namentlich unter den Bauarbeitern Königsbergs ſo widerliche Formen angenommen, daß an eine ordnungsmäßige Erledigung der Geſchäfte nicht mehr zu denken war. Die Verſammlungen arteten faſt ſtändig zu Radauverſammlungen aus, die alten erfahrenen Mitglieder blieben den Verſammlungen fern, das junge kommuniſtiſche Element bekam immer mehr die Oberhand. Berückſichtigt man, daß der Verein ſeit dem Frühjahr über 2000 neue Mitglieder aufgenommen hat, die doch erſt zu gewerkſchaftlichen Kämpfern erzogen werden müſſen, dann kann man ſich leicht vorſtellen, welche Ideen ſich in den Köpfen der ungeſchulten Arbeiter feſtſetzen müſſen, die ſolche Verſammlungen beſuchen.

Infolge der unerträglichen Zuſtände legte dann der bisherige Vorſitzende, Genoſſe Kraſchewski, am 1. Oktober ſeinen Poſten nieder. Nach dem Beſchluß einer ſtürmiſchen Verſammlung, der zum Schluß nur noch zirka 60 Mitglieder beiwohnten, ſollte an Stelle von Kraſchewski der Generalverſammlung ein Mitglied zur Wahl vorgeſchlagen werden, dem alle gewerkſchaftlichen Erfahrungen fehlten. Auch die übrigen Vorſtandsmitglieder, die faſt alle der U. S. P. angehören, ſollten beſeitigt werden; die Spaltung des einſt ſo ſtolzen Vereins ſchien unvermeidlich.

In mehreren Sitzungen wurde man ſich dann dahin einig, daß zur Geſundung des Vereins die politiſche Hetze innerhalb desſelben unter allen Umſtänden aufhören müſſe. Sieben Mitglieder, die planmäßig die Organiſation ſchädigten, wurden ausgeſchloſſen.

In der Generalverſammlung des Vereins am 2. d. M. wurde Genoſſe Kraſchewski einſtimmig wiedergewählt. Einſtimmig wurde auch dem Antrage des Vorſtandes und Ausſchuſſes zugeſtimmt, Parteiſtreitfragen in den Verſammlungen nicht mehr zuzulaſſen. Alle einſeitigen Maßnahmen zugunſten einer beſtimmten Partei ſollen unterbleiben. Solange der Boykott des Kartells über die „Volkszeitung" nicht aufgehoben wird, ſoll auch in der unabhängigen „Freiheit" nicht inſeriert werden. Die Verſammlungseinladungen ſollen durch Handzettel erfolgen.

Tarifverhandlungen im Groß-Berliner Bankgewerbe.

Die Botenausſchüſſe der Berliner Großbanken haben vor einiger Zeit den Allgemeinen Verband der Deutſchen Bankbeamten Sektion Kaſſenboten beauftragt, einen neuen, den jetzigen Verhältniſſen entſprechenden Tarif auszuarbeiten und gemeinſam mit den Vertretern der kaufmänniſchen Angeſtellten mit den Bankleitungen in Verhandlungen zu treten. Die Vorarbeiten ſind jetzt beendet. Der Entwurf der Sektion Kaſſenboten des Allgemeinen Verbandes iſt von den Vertrauensleuten und den Botenausſchüſſen angenommen worden.

Der Entwurf enthüllt in ſeinen grundſätzlichen Forderungen u. a. die Forderung nach Einführung eines Reichstarifes, den Aus-

bau des beſtehenden Mitbeſtimmungsrechtes und eine umfaſſende Neuregelung der Gehälter. Als Anfangsgehalt werden für den 20jährigen gewerblichen Angeſtellten 4500 M. und als Höchſtgehalt nach vollendetem 30. Dienſtjahre 10 500 M. gefordert. Dieſe Sätze, in denen bereits die Teuerungszulage enthalten iſt, ſollen nur für Berlin gelten. Für die anderen deutſchen Bankplätze ſind Ortsabſchläge feſtgeſetzt, deren endgültige Feſtſetzung örtlichen Vereinbarungen überlaſſen bleiben ſoll.

Da die Bankboten in ſteigendem Maße ſich der einzigen gewerkſchaftlichen Organiſation der deutſchen Bankangeſtellten, dem Allgemeinen Verbande der deutſchen Bankbeamten, der alle Arbeitnehmer im Bankgewerbe organiſiert, anſchließen und den von den Bankleitungen unterſtützten örtlichen Kaſſenbotenvereinen den Rücken kehren, ſo beſitzen die Vertreter der gewerkſchaftlichen Bankangeſtellten bereits jetzt ſchon das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit ihrer Berufsgenoſſen. Man kann daher annehmen, daß die gewerkſchaftlichen Bankangeſtellten einen vollen Erfolg erzielen werden.

Bäckerſtreik im Wuppertal.

Einer Meldung aus Barmen zufolge ſind ſämtliche Wuppertaler Bäckergehilfen wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Einigungsverhandlungen wurden abgelehnt. Die Brotverſorgung der Bürgerſchaft iſt gefährdet.

Die Engros-Weinhandlungsfirma Ignaz Sella teilt uns unter Bezugnahme auf die in der Donnerstagabendnummer des „Vorwärts" enthaltenen Notiz: „Eine Firma, wie ſie nicht ſein ſoll!" mit, daß in ihren Filialen nur noch eine Dame beſchäftigt geweſen ſei, die das angegebene Gehalt bezogen habe. Sie ſei indeſſen gekündigt und eine andere Filialleiterin mit höherer Entſchädigung eingeſtellt worden. Im übrigen dürfe nicht außer acht gelaſſen werden, daß in die Entſchädigung auch die Miete für die Wohnung, die gleichfalls die Firma entrichte, mit einzurechnen ſei. Zudem ſei bekannt, daß dieſe Filialgeſchäfte nur von Frauen im Nebenberuf verwaltet würden. Die Proviſion des Umſatzes beträgt übrigens nicht 25 Proz., wie es infolge eines Druckfehlers in der fraglichen Notiz heißt, ſondern nur 2 Proz.

Streik im Eiſenhandel.

Wir erſuchen alle Vertrauensleute, am Sonnabend, den 15. November, von 2 Uhr nachmittags an im Zentralſtreiklokal zu erſcheinen und die reſtliche Streikunterſtützung für ihre Betriebe abzuholen.

Wir bitten, die Liſten, die Verbandsbücher und Karten ſowie die Streikkarten auszufüllen und mitzubringen.

Deutſcher Transportarbeiterverband.

Transportarbeiter der chemiſchen Induſtrie. Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, im Königſtadtkaſino, Holzmarktſtr. 72 (Ecke Alexanderſtraße): Verſammlung. Tagesordnung: Abſtimmung über Annahme oder Ablehnung des letzten Angebots der Arbeitgeber.

Zentralverband der Angeſtellten. Fachgruppe 12, Sektion C (Kohlen). Heute abend 7½ Uhr, im Engliſchen Hof, Alexanderſtraße 27c: Mitgliederverſammlung. Tagesordnung: Unſer Tarifvertragsentwurf. Wahl der Sektionsleitung.

Siemens-Halske-Blockwerk. Morgen Sonnabend, früh von 10 Uhr ab, Auszahlung der Streikunterſtützung, im Streiklokal bei Müller, Siemensſtadt. Die Kollegen, welche in Arbeit ſtehen, nach Schluß der Arbeitszeit.

Aus aller Welt.

Auf eine Mine gelaufen. Der Altonaer Dampfer Hannover iſt in der Nordſee auf eine Mine gelaufen und geſunken. Von der aus 12 Mann beſtehenden Beſatzung konnten nur vier geborgen werden.

Vereitelte Schiebung. Auf dem Güterbahnhof Oſterfeld wurden ſeit dem 1. November etwa 30 Güterwagen mit Fett, Speck, Häuten, Pfeffer, Stoffen, Leder uſw. im Werte von etwa 40 Millionen Mark beſchlagnahmt. Die Waren, die für das Ausland beſtimmt waren, liefen unter falſcher Inhaltsbezeichnung.

Dynamit im Reiſekoffer. Als der von Oderberg kommende Perſonenzug in den Bahnhof von Böhmiſch-Trübau einfuhr, ereignete ſich im letzten vollbeſetzten Wagen eine ſchwere Exploſion. Es iſt feſtgeſtellt, daß in dem Koffer eines auf Urlaub fahrenden Soldaten Dynamit explodiert war. Die Folgen waren ſechs Tote und eine Anzahl Schwerverletzter.

Ermordet und beraubt. Der Wiener Juwelier Alexander Pollak wurde in Schärding in Oberöſterreich ermordet und ihm Geld und Juwelen im Werte von 200 000 Kronen geraubt. In Wien wurde die Muſikerin Marie Birnbaum von ihrem 22jährigen Enkel ermordet und beraubt.

Prager Militärjuſtiz. Vor einigen Tagen meldete das „Prager Tagblatt", daß vor dem Prager Diviſionsgericht in einem Prozeß, der mit der Verurteilung des angeklagten Ziviliſten zum Tode endete, als einziger Belaſtungszeuge ein Zivilſpitzel vernommen wurde, der in einem Offiziersmantel ſteckte, eine Militärkappe auf hatte und derart vermummt war, daß man nur ſeine Augen ſah. Das ſozialdemokratiſche „Pravo Lidu" ergänzt dieſe Meldung dahin, das Armeekommando in Teſchen habe die Verfügung getroffen, daß zum Zwecke der Sicherheit des Spitzels die Maskierung des Kronzeugen erfolge. Aber auch das ſchien dem Armeekommando noch nicht genug. Nach Mitteilungen des Blattes wurde der Zeuge unter einem falſchen Namen dem Angeklagten gegenübergeſtellt und unter dieſem Namen vernommen. Schließlich weiß das Blatt von einem Telegramm des Armeekommandos zu melden, das dem Militärgericht auftrug, den Angeklagten mit der größten Strenge zu beſtrafen.

Gebaut wird er doch! Lloyd George erklärte Parlamentsmitgliedern, daß die politiſchen Bedenken gegen den Bau eines Kanaltunnels beſeitigt, und daß alle Miniſter dafür ſeien. Das Kabinett hat das Kriegsamt aufgefordert, eine Denkſchrift über die militäriſche Seite dieſer Frage vorzulegen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenſtr. 3.

Leineweber
Berlin C, Köllniſcher Fiſchmarkt 4, 5, 6 [illegible]

HERREN-PELZE
Sport-Pelz, Hamſterfutter, Opoſſum- od. Schuppen-Kragen .... M. 1500 bis 1750
Sport-Pelz, Biſamrückenfutter m. Opoſſumkragen .... M. 1800 bis 2200
Geh Pelz, Biſamfutter, Kragen hoch, nach Bieber oder virgin. Otter .... M. 3250 bis 6500

HERREN-ULSTER
Moderne zweireihige Formen mit Gurt, beſonders preiswert .... M. 295
Bräunlich gemuſterte, ſchwere Cheviot- und Flauſchſtoffe, einreihige und zweireihige Formen mit Gurt .... M. 375 bis 450
Blaugrane und bräunliche Flauſch und Ratinéſtoffe beſter Qualität, in ſtreng modernen Farben u. weiten Formen . M. 475 bis 750

Herren-Pelz-Joppen zweireihig .... M. 350 bis 525
Winter-Loden-Joppen zweireihig .... M. 55 bis 210

Freie Volksbühne.
Außerordentliche Generalverſammlung
im großen Saale des Gewerkſchaftshauſes, Engelufer 14-15
Donnerstag, den 20. November, abends 7 Uhr.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Schriftſtellers K. H. Döscher über
Soziale Theaterpolitik.
2. Unser Verbandsvertrag.
3. Antrag auf Statutenänderung zwecks Eintragung ins Vereinsregister der §§ 1, 2, 7, 9 und 14.
4. Neuwahl des 1. Vorsitzenden u. Wahl von 4 Mitgliedern des künstlerisch. Ausschusses.
5. Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder der Freien Volksbühne ist Pflicht.
Die Mitgliedskarte gilt als Legitimation.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Kuhla-Pianos
Verkauf im Fabrikmagazin
N 31, Wattſtr. 17/18.

Rechtsbeiſtand
Dresdener Str. 111 Aufgang 2. Allerbilligſte Prozeßführung, Alimente, Eheſcheidungen, Strafſachen, Beobacht. Ermittelungen.

Krause Pianos
Großes Lager in allen Holzarten
Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

Zähne 3 Mark! 5.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Straße 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9–12, 2–7, Sonntags u. Feiertags 9–12.
In den letzten 2 Jahren über 2300 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Arbeiter haben Erfolg, wenn sie reden können und sich volkswirtschaftlich weiterbilden.
Gelegenheit zur Ausbildung als Redner sowie zur Einführung in volkswirtschaftliche Fragen bietet Männern und Frauen aller Parteirichtungen der
Arbeiter-Bildungs-Kursus,
der Montags und Donnerstags von 7–9 Uhr abends, im Königstädtischen Gymnasium, Elisabethstr. 57/58, Klasse Obersekunda O, stattfindet. 221/14
Beginn des Kursus: Montag, 17. Novbr., abds. 7 Uhr.
Anmeldungen nimmt schon jetzt entgegen:
Dr. Kolshorn, Berlin 15, Kurfürstendamm 193/94.

Friſch eingetroffen:
Schweiz. Schokoladen
in kleinen Packungen.
Verkaufszeit v. 9–5 U. nachm.
P. P. A. Kauffmann, Berlin S 14, Wallſtr. 55/56.

Gold kauft Paul Bloch Grünſtr. 25/26 Zentrum 2304.

Kunſtſtopferei Große Frankfurter Straße 67. 68S*

Wenn Sie den höchſten Preis für
Platin!
und alte Zahngebiſſe erzielen wollen, wenden Sie ſich an die „Metalleinkaufs-Zentrale" Kommandantenſtraße 15, oder rufen [illegible] Moritzpl. 667 an.

Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutſche Metallinduſtrie,
Potsdamer Str. 67.

Bartflechten
Wunderbar gewirkt hat bei mir Ihr Bartflechtenmittel „Parasan". Es ist von allen Mitteln das beste, was ich seit vier Jahren angewendet habe. Bestrahlungen und alles andere haben nicht so geholfen, wie Ihr berühmtes Spezialmittel. Bitte senden Sie mir noch eine Flasche. B. H. in Ch." — Derartige Anerkennungen wiederholt. Mark 9,50. Otto Reichel, Berlin 43 SO, Eisenbahnstr. 4.

Verkäufe

Jackettanzüge, Ulſter, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenſtraße 105. Sonntags geöffnet. *

Pelzgarnituren kaufen Sie nicht, bevor Sie im Pfandleihhaus Schönhauſer Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof) waren. Täglicher Rieſenverkauf zu ſpottbilligen Sommerpreiſen! Fuchsbreitkragen! 85,—, Skunksmuffe 165,—, Skunksgarnitur, Steinmarder, Rotfüchſe, Kreuzfüchſe, Silberfüchſe, Blaufüchſe, Rehfüchſe, Uhrenverkauf, Goldwaren-[illegible]. *

Kreuzfüchſe, Angora-Blaufüchſe, prima, von 90–325,—. Gelegenheit in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Poſten Herrenanzüge, Paletots, von 85–250,— hochelegant. Gelegenheit in Damenkoſtümen, Plüſchmänteln, Abendmänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, ſilberne Taſchen, unter Taxpreiſen im Leihhaus Moritzplatz 58a. 1178*

Leihhaus Roſenthalertor, Linienſtraße 203/4, Ecke Roſenthalerſtraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie allerbilligſt Pelzkragen, Muffen, Skunks, Rotfüchſe, Skunks, Kreuzfüchſe und alle anderen Pelzſorten, Taſchenuhren, Brillanten, Silberſachen, Abendtaſchen, Herrengarderobe. 1268*

Deichſelwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wagner, Cöpenickerſtraße 71.

150 Mark Anzahlung! Handwagen, Chauſſee- und Kaſtenwagen jeder Größe. [illegible], Pionierſtraße 11. Fernſprecher 3694. 1258

Herrenanzüge, Burſchenanzüge, Winterpaletots, Ulſter, Hoſen, Damenkoſtüme, Damenulſter, Damenröcke, Bluſen, Pelzſachen. Neukölln, Berlinerſtraße 41 I. 1594*

Straßenhändler. Einlegeſohlen, verſchiedene Qualitäten in großen und kleinen Poſten, konkurrenzlos billig zu verkaufen. Beſuchszeit 10 bis 1 Uhr. „Sohu", Martin-Lutherſtraße 1. 2/4

Gegen Monatsraten Aluminium-Kochgeſchirr, Einkochapparate und Gläſer, Kaſten- und Leiterwagen, Muſikinſtrumente billig. Mira, Alexandrinenſtraße 97. 82/9.

Gardinenverkauf. Fenſter 25 Mark, Bettdecken, Storesverkauf, Madrasgardinen, Plüſchtiſchdecken, Diwandecken, Bettwäſche, Bettenverkauf, Gelegenheitskauf, Schmuckſachen. Für Wiederverkäufer günſtige Gelegenheit. Leihhaus Admiralſtr. 4, eine Treppe. 1412*

Nähmaſchinen zu verkaufen, auch Teilzahlung geſtattet. Sehn, Prenzlauerſtraße 20. 31/74*

Karbid, Karbidlampen 4.50. Krauſe, Große Frankfurterſtraße 22. +170*

Silberſachen. Silberbörſen, ſilberne Zigarettendoſen, ſilberne Beſtecke, goldene Zigarettendoſen nach Gewicht ſowie Brillanten, Ringe, Uhren, Ketten, Colliers, Ohrringe, Nadeln, Armbänder, zu fabelhaft billigen Preiſen. Gelegenheitskäufe vieler anderer Waren. [illegible], Potsdamerſtraße 42 I. 1262*

Gardinen, 2 Fenſter 45 Mark, Bettdecken, Stores verkauft billig Kuhline, Kopenhagenerſtraße 1, vorn. (Bahnhof Schönhauſerallee.) 8/3

Damenulſter, warmer, [illegible], billig. [illegible], Waſſertorſtraße 41. 71/2

Rauchtabak gibt billig an Selbſtverbraucher Wilke, Pankow, Mühlenſtraße 42. Eingang Brennerſtraße. 7181

Möbel

Moderne Schlafzimmer, Speiſezimmer, Küche, Ankleideſchrank, Verſchiedenes einzeln, Umbauſofa, Chaiſelongue, Bettſtelle, einzelnes Büfett, Schreibtiſch, Waſchtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Leih. Köpenickerſtr. 134, 1. Etage. Verkauf an Privatleute. Händler verbeten. 1258

150 Küchen, reizende, moderne Ausführungen, farbig und lackiert, billigſt. Einige zurückgeſetzte beſonders preiswert. Möbelhaus Oſten, nur 80, Andreasſtraße 80. 1268

Chaiſelongues 90,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Kleiderſchränke. Reich, Auguſtſtraße 82 A. Quergeb.

Möbelkredit an jedermann. Kleinſte Anzahlung, bequemſte Abzahlung, größte Rückſicht. Einzelne Möbelſtücke gebe bereitwilligſt ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Liefere auch nach auswärts. [illegible], Müllerſtraße 7, eine Treppe. 30S*

Unübertroffen! Preiswert, unerreicht groß iſt meine Auswahl in prima gearbeiteten Speiſe-, Herren-, Schlafzimmern, Küchen, Polſtermöbeln, Flurgarderoben, Standuhren. Selten günſtige Kaufgelegenheit. „Berliner Möbelhaus" W. [illegible], nur Südoſten, Skalitzerſtr. 25, Hochbahn Kottbuſertor. 2

Möbelhaus Luiſenſtadt, Köpenickerſtraße 77/78, Ecke Brückenſtraße, liefert billig gegen bar und bequeme Teilzahlung bürgerliche Wohnungseinrichtungen, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Küchen, einzelne Möbelſtücke, große Auswahl.

Muſikinſtrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums jeder Holz- und Stilart, Kunſtſpielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Inſtrumente in eigener Reparaturwerkſtatt wie neu hergeſtellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kaſſe, daher billigſte Preisberechnung. Annahme von [illegible], Reparaturen und Stimmungen. [illegible], Münzſtraße 16. *

Nußbaumpiano, Prachtinſtrument, [illegible], Garantieſchein. Schwechten-Piano faſt neu. Große Auswahl neuer und gebrauchter Inſtrumente. Pianoſpeicher Alexanderſtraße 27 (Alexanderplatz). 1652*

Lauten, Mandolinen, Gitarren, Sprechapparate und Platten, billig große Monatsraten. Mira, Alexandrinenſtraße 97. 82/8*

[illegible]-Pianos, neue, gute geſpielte, [illegible] Gelegenheiten. Kottbuſerdamm 2. 12/5*

Pianos, neu und gebrauchte, Prachtinſtrumente von wunderbarer Tonfülle, große Auswahl, mäßige Preiſe. Pianohaus [illegible], Oranienburgerſtraße 42. *

Pianos, beſonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasſtraße 67. 48S*

Pianos, neu, gebrauchte, preiswert. Auf, Klaviermacher, Bergſtraße 23 (Invalidenſtraße). 82/5*

Fahrräder

Luftſchläuche, auch ausländiſche 26,50, Mäntel billig. Krauſe, Große Frankfurterſtraße 22. +170*

Kaufgeſuche

Leitungsdrähte, Kabel, Eiſen-, Anker-, Spulendraht, Wickeldraht kauft höchſtzahlend Elektrobureau Oranienſtraße 136. Moritzplatz 403.

Zahnabfälle, Schallplatten, [illegible], Glühſtrumpfaſche kauft „Metallkontor". Alte Jakobſtr. 138, Ecke Hollmannſtraße. (Moritzplatz 12 858.) 1142*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Queckſilber, Ketten, Ringe, Beſtecke, Uhren, Tafelaufſätze, Treſſen, photographiſche Rückſtände, Papiere, Glühſtrumpfaſche, alte Zahngebiſſe, ſalpeterſaures Silber, deren Rückſtände und Gefäße uſw. kauft Platin- und Silberſchmelzerei [illegible], Berlin, Cöpenickerſtraße 29. Telephon: Moritzplatz 3478. Eigene Schmelze. Direkte Verwertung. *

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebiſſe, Abfälle, Ketten, Ringe, Beſtecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufſätze ſowie Gefäße kauft zu höchſten Tagespreiſen Goldſchmelze [illegible], Berlin, Brunnenſtraße 156. Telephon: Humboldt 3450. Eigene Schmelze, Selbſtverbraucher. *

Pianino, eventuell Flügel, gebraucht, kauft [illegible]ſtraße 19 III, links. 71/1

Spiralbohrer, Werkzeug kauft [illegible], [illegible]ſtraße 21. +155

Platin, Queckſilber, Meſſingabfälle! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfälle! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Zahngebiſſe! Bruchgold! Silberbruch! höchſtzahlend! Fabrikpreiſe! „Metallſchmelze Berndt", Neanderſtr. 48 (Telephon Moritzplatz [illegible]) und Beuſſelſtraße 29. 1160*

Altmetalle, Queckſilber zu höchſten Tagespreiſen kauft jeden Poſten. Metallſchmelze Invalidenſtraße 143. Norden 9640. 702

Kupferdraht, beſponnenen, bis 0,3 Millimeter, jedes Quantum kauft laufend Curt Müller, Metallwarenfabrik, Hollmannſtraße 32. 1412

Kupferabfälle! Queckſilber! Meſſing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebiſſe! Platin! Bruchgold! Silberbruch! Ringe! kauft zu höchſten Schmelzpreiſen in unſeren 3 Einkaufsſtellen „Metallſchmelze Cohn". 1. Brunnenſtraße nur Nr. 11 (am Roſenthaler Platz), 2. Bahnhofſtraße 2 (am Anhalter Bahnhof), 3. Neukölln, Kaiſer-Friedrichſtraße 229 (nahe Hermannplatz). 1349*

Platinabfälle! Queckſilber! Silber! kauft in unſeren drei Einkaufsſtellen „Metallſchmelze Cohn" 1. Brunnenſtraße nur Nr. 11 (am Roſenthaler Platz), 2. Bahnhofſtraße 2 (am Anhalter Bahnhof), 3. Neukölln, Kaiſer-Friedrichſtraße 229 (nahe Hermannplatz). 1349*

Kupferabfälle! Queckſilber! Meſſing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebiſſe! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchſtzahlend! Metallſchmelze [illegible], Weberweg 72, Hof, am [illegible]. 1318*

Platinabfälle, Gramm bis 34 Mark. Zahngebiſſe in Platin, Gold, Kautſchuk zu höchſten Preiſen kauft Metallkontor Alte Jakobſtraße 138, Ecke Hollmannſtraße. Moritzplatz 12858. 1142*

Spiralbohrer kauft [illegible] Reinickendorferſtraße 52. 84/10

Damenradbereifung, Herrenradbereifung, Motorradbereifung, Preisangabe, Kümmerell, Frankfurterſtraße 14. 1332*

Metallabfälle, Kupfer, Meſſing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Queckſilber, ſalpeterſaures Silber, Platin, Gold- und Silberabfälle, ſowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobſtraße 138, Ecke Hollmannſtraße. Tel.: Moritzplatz 12 858. 1142*

Elektromotoren, Glühlampen, Leitungen kauft [illegible], Frankfurterſtraße 138. *

Platin, Gramm bis 150,—, Brennſtifte, Platinkontakte, Gold, Silber, Silberrückſtände, Queckſilber, Zahngebiſſe kaufen höchſtzahlend Friedländer u. Co., Kommandantenſtraße 20 I. 1385*

Edelmetalle, Queckſilber, ſämtliche Metallabfälle kauft Metall-Einkaufszentrale, Kottbuſerdamm 66. Moritzplatz 158 83. *

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Peters, Prenzlauerſtraße 24. *

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Möbus, Waldſtraße 8. *

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft G. Ernſt, Gubenerſtraße 59. *

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Degener, [illegible]ſtr. 46, Schöneberg. *

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Pohle, [illegible]ſtraße 90 A, Ecke Lauſitzer Platz. *

Spiralbohrer, Schreibmaſchinen, Werkzeuge aller Art kauft [illegible], Neue Königſtraße 28. 1158*

Kupferleitungen, Eiſen kauft höchſtzahlend [illegible], Brückenſtraße 15, 3 Treppen. 1268*

Zahngebiſſe, Platin, Gold, Silber, Edelſteine, Schmuckſachen kauft Edelmetallſchmelze Blumenſtraße 68. *

Metalle! Bedeutende Preiserhöhung! Platin-Zahngebiſſe, Zahn bis 25,—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpeterſaures Silber! Queckſilber! Glühſtrumpfaſche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Meſſing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! höchſtzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberſtraße 31, Alexander [illegible]. *

Teppich, guterhalten, kauft [illegible], Gitſchinerſtraße 74. Telephon Norden 86. Größe und Preisangabe erbeten. *

Unterricht

Engliſchen Unterricht für Anfänger und Fortgeſchrittene, ſowie deutſche und franzöſiſche Stunden erteilt G. [illegible], Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Damenberufe, Privatſekretärin, Buchhalterin, Stenotypiſtin. — Ausbildung von Damen für dieſe Stellungen. — Tagesunterricht. — Abendunterricht. — Schulgeld mäßig. — Kaufmänniſche Privatſchule von Robert Kilz. — [illegible]ſtraße 1 (Friedrichſtr.) 1044*

Heinrich Maurers Privat-[illegible]ſchule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurſe. Berufs-, Damenſchneiderei, Wäſche, Putzkurſe, Schnittzeichnen, Anſchneiden, Anfertigung, Schnittmuſter. Proſpekte koſtenlos. Fernſprecher: [illegible] 222. [illegible]

Buchführung, Privatkurſus (5 Teilnehmer) beginnt Mitte November. Dauer 2 Monate. Halbjahres-, Jahreslehrgänge, Sonderlehrgänge, Kaufmänniſche Privatſchulen von [illegible]. [illegible]bahnhof, Neue Promenade 3, [illegible], [illegible]ſtr. 1.

Elektrotechnik, gründliche Ausbildung: [illegible] 8, Poſtamt 63. 3405*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

[illegible] mit guten Schulzeugniſſen ſuchen [illegible] u. [illegible], Berlin, Prinzeſſinnenſtraße 16. 33/11

Arbeitsſtuben für Herrenhemden bei hohem Lohn und dauernder Beſchäftigung ſucht Felix Jablonski, Heiligegeiſtſtraße 12. 1422

[illegible] erſucht [illegible]ufer 6a, [illegible]. 712

Näherinnen und Zuſchneiderinnen auf [illegible] bei hohem Lohn geſucht. [illegible], Breiteſtraße 26. 3/23

Damenwäſche - Näherinnen und Stepperinnen (Kraftbetrieb) bei hohem Lohn geſucht. Borowitz, Breiteſtraße 26. b

Tüchtige Maſchinennäherinnen für Oberhemden und [illegible] bei hohem Lohn und dauernder Stellung verlangt Felix Jablonski, Heiligegeiſtſtraße 12. 1422

Erſtklaſſige Näherinnen für Hemden und Schlafanzüge verlangt bei hohem Lohn C. G. Steinhardt, Unter den Linden 10, [illegible], Kleine Mauerſtraße 7 II.

Oberhemden - Näherinnen außer dem Hauſe verlangt bei hohem Lohn und dauernder Beſchäftigung Felix Jablonski, Heiligegeiſtſtraße 12. 1422

Büglerinnen für feine Damenwäſche finden dauernde Beſchäftigung. Corſetfabrik Neumann, Eliſabethſtraße 59. Wäſcheabteilung. [illegible]

Geübte Strickerinnen auf [illegible] geſucht. Kroll, [illegible]ſtraße 46/47. 8/13

[illegible] auf [illegible], in dauernde Stellung verlangt C. [illegible], Neue Friedrichſtraße 35. [illegible]

Perfekte Maßſchneiderinnen für elegante Kleider verlangt ſofort [illegible], Lindenſtr. 62.

Junge Mädchen für leichte Handarbeiten (Kleiderfabrikation) ſucht Borowitz, Breiteſtraße 26. 84/5

Mädchen als Aufwartung für Fabrikbetrieb ſuchen Neumann, Eliſabethſtraße 59/60.

Weibliches Hauspersonal findet nach Wunſch koſtenlos geeignete Stellung nach perſönlich erworbenen Arbeitsbeſcheinigungen durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung für Hauspersonal, Gitſchinerſtraße 1 (nahe [illegible]), Belle-Alliance-Platz 5, Gauſtraße 1 (am Kriminalgericht), Koppenſtraße 1 (Stralauer Platz), Germannſtraße 18. Meldung mit Papieren nachmittags 4 bis 7 Uhr. 1266